Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

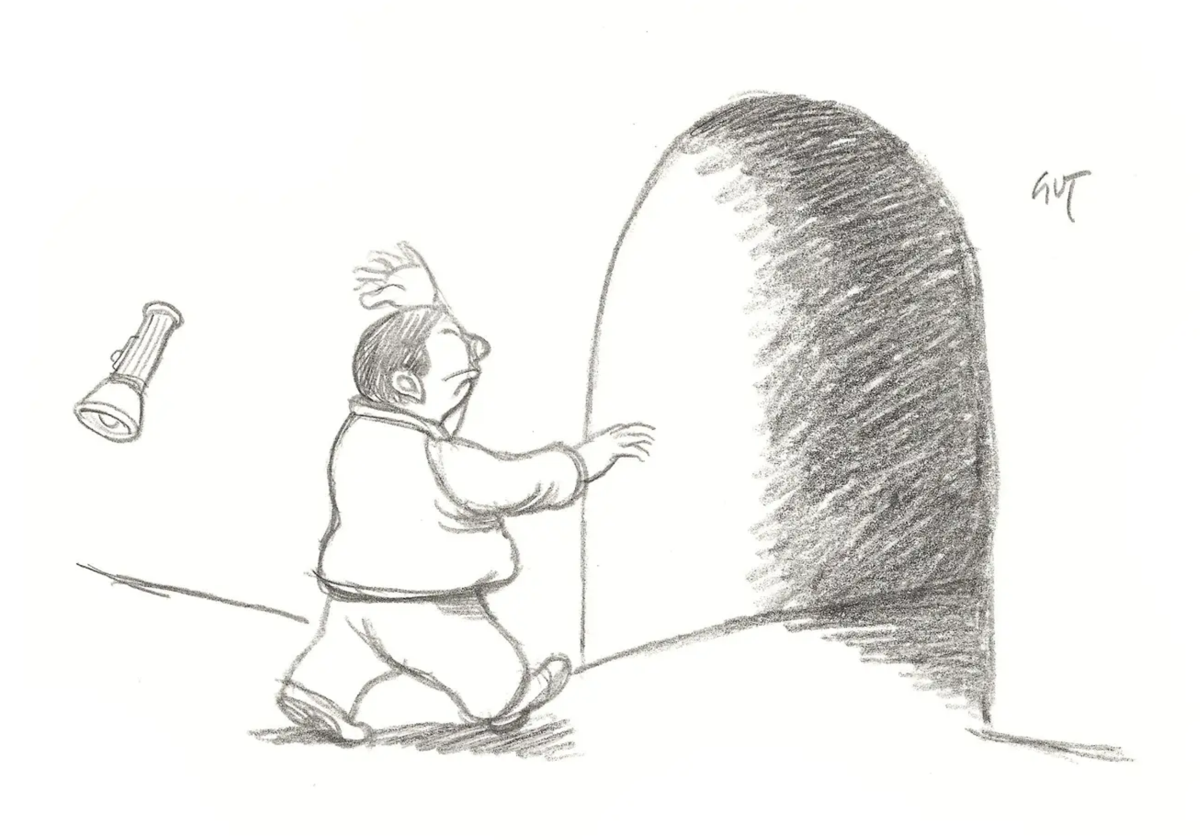
Der verdrängte Hass – wie die offene Gesellschaft religiöse und sexuelle Minderheiten zu verraten droht

Wenn Juden, Homosexuelle oder andere Minderheiten attackiert werden, wären eigentlich klare Worte nötig. Doch sobald die Täter selbst einer Minderheit angehören, suchen Medien und Politiker gerne andere Schuldige. Das ist gut gemeint, aber gefährlich.

Lucien Scherrer

62 Kommentare →

20.05.2020, 05.30 Uhr



Der kubanische Diktator Fidel Castro ist ein leicht erregbares Gemüt. Und so ist er ausser sich, als er im Oktober 1962 erfährt, dass sein kommunistischer Verbündeter Nikita Chruschtschow gerade keine Lust auf einen Atomkrieg mit den USA hat, um die Welt vom Joch des Imperialismus zu befreien. «Hurensohn!», so ruft er aus, «Arschloch! Keine Eier! Schwuler!». Kurz darauf steht Castro vor einer aufgehetzten Menschenmenge, und gemeinsam brüllen sie: «Nikita, mariquita!», Nikita, du kleine Tunte!

Was man heute als homophobe Hassrede taxieren würde, war kein Ausrutscher, sondern Ausdruck einer tiefsitzenden Schwulenverachtung. Castro und sein stalinistischer Genosse Che Guevara liessen in den 1960er Jahren Tausende Homosexuelle und «verweichlichte» Männer ohne Anklage einsperren und misshandeln. Dennoch geniesst der brutale Diktator im Westen bis heute Kultstatus, weil er es den bösen Yankees gezeigt hat – dies gerade unter Sozialdemokraten und Grünen, die sich dem Minderheitenschutz und dem Fortschritt verpflichtet fühlen.

Zunehmende Intoleranz

Das scheinbare Paradox, dass sich Unterdrückte, Minderheiten und deren vermeintliche «Befreier» à la Castro selbst als Schwulenhasser, Antisemiten, Rassisten und Unterdrücker gebärden können, stellt westliche Progressive immer wieder vor ein Dilemma. Was, wenn die Realität nicht mit der alten antiimperialistischen Theorie übereinstimmt, wonach weisse Erste-Welt-Männer für Hass und Intoleranz zuständig sind?

Das Problem stellt sich heute umso mehr, als die Gewalttäter nicht mehr im fernen Havanna zuschlagen, sondern mitten in unseren (scheinbar) weltoffenen Städten, vor Schwulenklubs und Multikulti-Siedlungen. Homosexuelle etwa müssen in Zürich, Hamburg oder Berlin vermehrt damit rechnen, angepöbelt, geschlagen oder niedergestochen zu werden. In Berlin hat Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) jüngst extra Regenbogenfahnen hissen lassen, denn die Gewalt ebbt selbst während der Coronakrise nicht ab.

Über die Täter reden viele Betroffene nur ungern, aber wenn sie es tun, ist oft von jungen Männern die Rede, die mit «sehr markanten Akzenten» auffallen, wie es ein Homosexueller kürzlich auf SRF ausdrückte. Gemeint sind Migranten aus Kulturen und Staaten, in denen archaische Männlichkeitsbilder verbreitet sind und Homosexuelle damit rechnen müssen, geächtet oder gar mit dem Tod bestraft zu werden.

Neben Homosexuellen fühlen sich auch viele europäische Juden zunehmend unsicher. Verantwortlich dafür sind laut Umfragen nicht nur Rechtsextreme, sondern auch Israelhasser und radikale Muslime, wobei Letztere oft an erster Stelle genannt werden. In Frankreich haben Islamisten in den letzten zwanzig Jahren über zwei Dutzend Juden ermordet, hinzu kommen zahlreiche Messerangriffe und Prügelattacken. Zahlreiche Quartiere gelten mittlerweile als Gefahrenzone, Zehntausende Juden haben das Land in den letzten Jahren verlassen.

«Es» hat zugeschlagen

Der Glaube, dass eine bunte Gesellschaft automatisch toleranter und friedlicher wird, ist damit genauso diskussionswürdig wie die Behauptung, Fidel Castro sei ein fortschrittlicher Rächer der Unterdrückten gewesen. Umso wichtiger wäre eine Diskussion darüber, wie man offene Gesellschaften schützen könnte, ohne ihre Grundsätze zu verraten. Doch wie zu Fidels Zeiten, als die Schwulenhatz schlicht «übersehen» oder mit Verweisen auf die noch viel schlimmeren US-Sanktionen verdrängt wurde, ist die Versuchung auch heute gross, allfällige Dissonanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit mit allen möglichen Gaukeleien wegzuzaubern.

Eine beliebte Masche besteht darin, die genannten Probleme anzusprechen, ohne die Ursachen genau zu benennen. So war dem «Tages-Anzeiger» kürzlich zu entnehmen, dass «der Hass auf alles Jüdische» überall auf dem Vormarsch sei, unter anderem in Frankreich. Dort habe sich die Bedrohungslage derart verschlimmert, dass «es in den letzten Jahren zu einer jüdischen

Abwanderung nach Israel kam». Womit diese Bedrohungslage und der Exodus zusammenhängen, erfährt der Leser nirgends. «Es» passiert einfach.

Neben diesem «Es» gibt es eine Reihe dankbarer Schuldiger, mit denen sich scheinbar das meiste erklären lässt. Rechtsextreme zum Beispiel, die für Judenhass zwar massgeblich mitverantwortlich sind, aber eben längst nicht mehr allein. Oder Donald Trump und «die Rechtspopulisten», deren Aufstieg laut Politikerinnen wie Rosmarie Quadranti (BDP) gleich noch die zunehmende Gewalt gegen Minderheiten erklärt.

Unangenehme Themen wie «Judenhass und Islam» gilt es derweil zu umgehen, etwa indem das Stichwort Antisemitismus im selben Atemzug mit der angeblich gleich schlimmen oder noch viel schlimmeren Islamophobie genannt wird. Muslime, so die implizite Botschaft, können nur Opfer sein, selbst wenn es erwiesen ist, dass die meisten arabischen Länder stark antisemitisch geprägt sind. Wenn muslimische Einwanderer antisemitisch seien, liege das «offenbar» auch an einer zunehmenden «Islamfeindlichkeit» in Europa, mutmasste der deutsche «Tagesspiegel» just zum Jahrestag der Auschwitz-Befreiung – und bekam dafür auch in der Schweiz Beifall.

Am Ende, so die Logik dahinter, ist «die Gesellschaft» schuld. In der sind, wohlgemerkt, antisemitische und homosexuellenfeindliche Ressentiments genauso verbreitet wie pauschale Vorurteile gegenüber Muslimen. Das kann jedoch weder eine Rechtfertigung noch eine Erklärung für die zum Teil massive Zunahme der registrierten Gewalttaten gegen Juden und sexuelle Minderheiten sein. Wenn das Berliner Antigewaltprojekt Maneo in einem langen Bericht schreibt, man betrachte Homofeindlichkeit als «gesamtgesellschaftliches Problem», um gleichzeitig einzuräumen, dass in Berlin 90 Prozent der Täter polizeibekannt seien und mit Vorliebe in Quartieren wie Neukölln zuschlügen, wirkt das fast schon beschwörend.

Progressive begünstigen reaktionäre Tendenzen

Der Reflex, Rassismus und Gewalt herunterzuspielen und zu verdrängen, sobald die Täter gesellschaftlichen und religiösen Minderheiten angehören, ist zunächst nachvollziehbar. Man kann darin eine Gegenreaktion auf die Versuche der Rechten sehen, Minderheiten im Kollektiv für alles Übel in der Welt verantwortlich zu machen. Ebenso wirkt es nicht sehr glaubwürdig, wenn sich manche Konservative nun plötzlich um Schwulenrechte sorgen oder das Schicksal der Juden beklagen.

Umgekehrt gilt aber auch: Wer bestimmte Minderheiten kollektiv zu eigentlichen Opfern ernennt und aus Angst vor Rassismusvorwürfen glaubt, die Treiber für Intoleranz und «gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit» einzig in der Mitte der Gesellschaft suchen zu dürfen, betreibt ein nicht minder gefährliches Spiel. Denn Probleme, für die alle und damit niemand verantwortlich ist, können auch nicht bekämpft werden. Von ein paar Regenbogenfahnen und gut gemeinten Appellen werden sich die Täter nämlich kaum beeindrucken lassen. Und wer die Öffentlichkeit über das Unübersehbare zu täuschen versucht, schürt nicht nur Misstrauen und Ängste. Er nimmt auch die Betroffenen nicht ernst.

Der Theologe Bruno Amatruda monierte im Magazin «Bref» bereits vor zwei Jahren, die Linke sei «aufgrund ihrer Tabuisierungen mit verantwortlich für den Aufstieg des rechtspopulistischen Monsters». Bezeichnend ist, dass das «linke Minderheiten-Paradox» (Amatruda) gerade auch in jüdischen und homosexuellen Kreisen für Unmut sorgt. Der homosexuelle Ex-Fernsehmoderator Kurt Aeschbacher sagte kürzlich in der NZZ, «natürlich» habe die schwulenfeindliche Gewalt heute einen kulturellen oder religiösen Hintergrund – und von Politikerinnen erwarte er, dass sie Probleme «nicht durch eine ideologisch verbrämte Sichtweise schönreden». Die Aussagen richteten sich direkt an die grüne Zürcher Polizeidirektorin Karin Rykart, die Attacken auf Homosexuelle damit erklärt hatte, dass die Täter arm und männlich seien – alles Faktoren, für die ein Mensch nun einmal nichts kann und die nichts mit anerzogenem Hass zu tun haben.

Absurderweise führt die vermeintlich fortschrittliche Kunst des Wegsehens, Relativierens und Verständnishabens dazu, dass die Gefahr eines

gesellschaftlichen Rückschritts steigt. Zumal sich die Täter ermuntert fühlen dürften, ihr Herr-im-Haus-Gebaren überall auszuleben. So mag es auf den ersten Blick pragmatisch sein, wenn linke Politiker fordern, homosexuelle Flüchtlinge müssten verlegt werden, weil diese in Unterkünften von anderen Asylsuchenden gemobbt würden, wie in Zürich oder Genf geschehen. Im Grunde sagt man den Belästigern damit jedoch nichts anderes als dies: «Nicht ihr müsst euch ändern, sondern die anderen. Und wenn ihr nicht wollt, müsst ihr nicht mit Leuten zusammenwohnen, deren sexuelle Ausrichtung oder Religion euch nicht passt.»

Die letzte Stufe dieser Entwicklung ist die offene Anbiederung an die Täter. In Malmö etwa, wo ein Spaziergang mit Kippa durch islamisch geprägte Gegenden gefährlich sein kann, sollen die Juden selber für den Antisemitismus verantwortlich sein, weil sie sich nicht von Israel distanzieren – so zumindest verbreitete es einst der sozialdemokratische Bürgermeister. Damit werden genau jene Werte und jene Minderheiten verraten, für welche die Linke einst eingestanden ist. Das gilt auch für alle Muslime, die im Westen ein freies Leben führen wollen.

In Frankreich sind die Folgen dieses Verrats bereits offensichtlich. Dort hat man die Islamisten aus Angst vor Rassismusvorwürfen jahrelang gewähren lassen. Wie ein Forscherteam kürzlich nachgewiesen hat, kooperieren manche Politiker sogar mit ihnen, um sich Wählerstimmen zu sichern. In den islamistisch kontrollierten Quartieren ist die offene Gesellschaft passé: Frauen haben verhüllt zu sein, aufgeschlossene Muslime werden drangsaliert, und «Ungläubige» haben dort genauso wenig zu suchen wie Nichtweisse in rechtsextrem dominierten Gebieten Ostdeutschlands. Oder wie Schwule im Revolutionsparadies Fidel Castros. Der hat im hohen Alter behauptet, es tue ihm alles leid, was Homosexuelle allerdings nicht daran hinderte, seinen Tod zu feiern. Europäische Linke schickten ihm dagegen letzte Grüsse nach.

62 Kommentare

Hubert Schmitz vor 27 Tagen

Tja, was nicht sein darf, das kann nun mal nicht sein. Ein sehr schönes Beispiel dafür, wie sich in D die Mainstremmedien gewunden haben und die abstrusesten Satz-Ungetüme erschufen, um nicht tacheles reden zu müssen, ereignete sich jüngst: Die Prügelattacke auf ein ZDF-Team am Rande einer Covid-Demo. Nicht auszudenken, wenn es rechte Gewalttäter gewesen wären. Dann würden wir noch wochenlang mit Kommentaren und Meinungen, Hintergründen und Vermutungen zugetextet. Es waren aber diesmal linke Gewalttäter-na sowas aber auch. Und jetzt das Wetter...

26 Empfehlungen

Bryan Hayes vor 27 Tagen

Der Artikel verwendet eine Reihe von linken Propagandabegriffen und Propagandaerzählungen, : - "Progressive": Gemeint ist "Linksradale / Linksextreme". "Progressiv" ist ein Propagandabegriff, den diese Leute benutzen, um die Wahrheit zu verschleiern und sich selbst in ein positiveres Licht zu rücken. - "Offene Gesellschaft" ist ein Begriff, der von Popper geprägt wurde und der eigentlich eine Gesellschaft bedeutet, in der jede/r jede Position einnehmen kann, z.B. Regierungschef werden kann; dies im Gegensatz zu Gesellschaften, bei denen dies nicht möglich ist, z.B. Clangesellschaften oder Ständegesellschaften. Die Linken haben diesen Begriff gekapert und deformiert im Sinne von "Gesellschaft, die Linksideologien folgt", u.a. die unbeschränkte, unregulierte Masseneinwanderung ermöglicht und finanziell fördert ("Offene Gesellschaft" = Offene Grenzen). Nichts könnte aber weiter entfernt sein von der ursprünglichen Bedeutung, die man heute eher als "Bürgergesellschaft" benennen würde. - " dies gerade unter Sozialdemokraten und Grünen, die sich dem Minderheitenschutz und dem Fortschritt verpflichtet fühlen.": Dies ist eine Propagandaerzählung, die zwar einen partiellen wahren Kern hat, aber letztlich verschleiert, dass es den Linken in keiner Weise um einen letztlich universellen "Minderheitenschutz" oder gar um den "Fortschritt" geht. - "dass eine bunte Gesellschaft automatisch toleranter und friedlicher wird": Hier erübrigt sich jeder Kommentar.

24 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema



Kurt Aeschbacher war der grosse Zuhörer unter den Fernsehmoderatoren. Er sagt: «In Zürich redet man als Berner automatisch schneller. Denn man merkt, dass die Geduld der Zuhörer hier Grenzen hat»

Er hat Tausende vor der Kamera interviewt, nun stellt sich Kurt Aeschbacher im Zürcher Grossmünster selbst den Fragen. Vorher hat er mit uns über Atheismus, Ängste und seine Vorliebe für verstörende Kunst gesprochen.

Urs Bühler 02.03.2020



Woher der Hass auf Schwule kommt – und was er mit machoiden Kulturen zu tun hat

Attacken auf Homosexuelle sorgen derzeit für Empörung. Die Frage, wie weit die Gewalt auch mit der Zuwanderung aus machoiden Kulturen im Zusammenhang steht, ist dabei besonders delikat – und umstritten.

Lucien Scherrer 28.06.2019